

„Wichtig für die Haushaltsaufstellung“ – Neu-Anspacher SPD begrüßt geplante Senkung von Kreisumlage

Entlastung des Stadthaushalts um 215.000 Euro – Finale Entscheidung ausstehend

Am Montag hat der Haupt-, Finanz und Digitalisierungsausschuss (HFD) des Kreistages eine Senkung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt beschlossen. Für die Kommunen bedeutet das eine spürbare Entlastung im kommenden Jahr. Entsprechend erfreut zeigen sich die Neu-Anspacher Sozialdemokraten vom Votum des HFD, der noch im Rahmen des Haushaltsbeschlusses durch den Kreistag bestätigt werden muss.

„Mit dem Schritt entlastet der Kreis die Kommunen spürbar. Das ist auch ein wichtiges Zeichen an die Bürger: In Zeiten von Corona versuchen alle Beteiligten, Mehrbelastungen der Bürger etwa durch Grundsteuererhöhungen zu verhindern“, erläutert Dr. Rebecca Schmidt, Stellvertretende Vorsitzende der SPD Neu-Anspach und Sprecherin Finanzen der SPD-Kreistagsfraktion. Die Kreisumlage ist das zentrale Finanzierungsinstrument des Kreises. Während Städte und Gemeinden Grundsteuern direkt von den Bürgern erheben dürfen, finanziert sich der Kreis indirekt über die Zahlungen der Kommunen.

Für Neu-Anspach bedeutet dies eine deutliche Entlastung. „Ein Prozentpunkt weniger Kreisumlage entlastet die Stadt um rund 217.000 Euro. Das entspricht etwa 37 Punkte Grundsteuer“, freut sich auch der Neu-Anspacher SPD-Vorsitzende Kevin Kulp über die Nachricht aus Bad Homburg. Die laufende Aufstellung eines Stadthaushalts würde dadurch um einen Schritt vorangebracht. Kulp sieht durch die Entscheidung des Kreises das Vorgehen der SPD bei den Haushaltsberatungen bestätigt: „Wir haben immer gesagt, dass wir zunächst eine belastbare Zahlenbasis für 2021 brauchen und zeitgleich auf die übergeordneten Ebenen einwirken müssen.“ Dass die Kreiskoalition unter SPD-Beteiligung die Umlage senken wolle sei daher ein Erfolg. Darüber hinaus seien die gesparten mehr als 200.000 Euro ein wichtiges Mosaiksteinchen auf dem Weg zu einem genehmigungsfähigen Haushalt ohne Mehrbelastung der Bürger. Das sei aber nach wie vor ein ambitioniertes Ziel. Vor allem, weil die Kommunen von Land gezwungen würden, an der „Schwarzen Null“ festzuhalten und Corona-Effekte gegebenenfalls auf die Bürger umzulegen, während die Landesregierung für sich selbst die Schuldenbremse aufgehoben habe.